Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden, Kaden & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden und Sächs. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altstadt

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn in der 43. Woche vom 20. bis 26. Oktober 800 000 000 M., unter Kreuzband für Deutschland die Nummer 185 000 000 M. Einzelnummer 150 000 000 M. **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Geschäftsstelle:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: Grundpreis mal Schlüsselzahl. **Grundpreise:** die 29 mm breite Nonpareillezeile 80 M., die 90 mm breite Reklamezeile 280 M., für auswärtige Anzeigen 100 und 350 M. **Schlüsselzahl:** 600 000. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 M.

Nr. 246 | Dresden, Sonnabend den 20. Oktober 1923 | 34. Jahrg.

Bayern bricht mit der Reichsgewalt!

Der Sozialdemokratische Parlamentsdienst meldet:

> **Die bayerische Regierung hat die Abberufung des Generals Lossow mit der Forderung auf Rücktritt des Reichswehrministers Geßler beantwortet und hat die Reichsregierung außerdem wissen lassen, daß sie in Zukunft jeden dienstlichen Verkehr mit dem Reichswehrminister ablehnt. Die Lage ist äußerst ernst, und es muß damit gerechnet werden, daß sich im Laufe des Sonnabend zwischen Bayern und dem Reich Komplikationen ergeben, die das Reichskabinett vor schwierige Entscheidungen stellt.**

Während sich an der einen Stelle des Reiches militärische Gamaschenknöpfe bemühten, eine reichstreue Regierung mit schikanöser Anwendung des Ausnahmezustandes zu brüskieren, hat in Bayern die Reichsfeindlichkeit einen Grad erreicht, der kaum noch zu überbieten ist. Während Geßler gegenüber Sachsen den starken Mann spielt, meutert inzwischen unten einer seiner Reichswehrgenerale gegen die Reichswehrleitung, ohne daß ihm bis heute ein Haar gekrümmt worden ist! Gestern wurde berichtet, daß Herr von Lossow, der bayerische Reichswehrkommandeur, heute abberufen werden sollte. Heute erklärt die bayerische Regierung der Reichsregierung vielleicht schon, daß sie auch mit ihr dienstlich nicht mehr verkehre.

Der ganze Fall Lossow ist ein Beweis für die verkehrte Politik, die von Berlin gegenüber München beliebt wurde. Die neueste Phase des Lossow-Skandals beginnt mit dem Völkischen Beobachter. General Lossow bekam nach Verhängung des Ausnahmezustandes von der Reichsregierung den dienstlichen Auftrag, als „Inhaber der vollziehenden Gewalten", das deutschvölkische Hetzblatt, das von der Reichsregierung verboten worden war, aber lustig weiter erschien, militärisch zu besetzen und das Erscheinen zu verhindern. Was tut Lossow? Er führt den dienstlichen Befehl nicht aus, sondern meldet nach Berlin, die Sache würde ihn in Konflikt mit der bayerischen Regierung bringen. Der Chef der Heeresleitung, General Seeckt, fordert darauf den Münchner Kollegen auf, sein Abschiedsgesuch einzureichen, worauf sich die bayerische Regierung einmengt. Alles sonstige schildern wir am besten, indem wir den äußerst behutsamen Bericht zitieren, den sich der Dresdner Anzeiger aus Berlin kommen läßt:

> Die Reichsregierung hat sich nun ihrerseits bemüht, diese Differenz auf dem Wege des Ausgleichs in Ordnung zu bringen und der Reichswehrminister selbst hat dabei ein außerordentlich weitgehendes Entgegenkommen gezeigt. Er hat eine private Zusammenkunft mit dem bayerischen General Kreß v. Kressenstein in Augsburg gehabt, um den Versuch zu machen, die Dinge durch eine persönliche Aussprache auszugleichen.
>
> Auf Grund dieser Aussprache glaubte der General v. Kressenstein den General v. Lossow zum freiwilligen Rücktritt von seinem Amte bewegen zu können. In dieser Erwartung hat er sich jedoch getäuscht gesehen. Vielmehr hat General v. Lossow von dieser rein persönlichen Unterredung der bayerischen Regierung Mitteilung gemacht. Daraufhin beabsichtigte nun der General v. Kressenstein, seinerseits den Abschied zu nehmen. Die bayerische Regierung aber hat den Bericht des Generals v. Lossow zur Veranlassung genommen, um daraus die Annahme herzuleiten, daß seitens des Reichswehrministers scharfe Maßnahmen gegen Bayern geplant wären, und sie hat mitgeteilt, daß sie ihrerseits den amtlichen Verkehr mit dem Reichswehrministerium wegen der angeblichen Drohungen des Reichswehrministers aufheben wolle, obwohl seitens des Reichskanzlers gegenüber dem bayerischen Gesandten in klarster Weise dementiert wurde, daß irgendwelche Maßnahmen gegen Bayern geplant seien.
>
> Die ganze Angelegenheit stellt sich als eine reine Frage der militärischen Subordination dar, und da der General v. Lossow sich nicht bereitgefunden hat, seinerseits die Konsequenzen zu ziehen, so dürfte der Heeresleitung nichts andres übrig bleiben, als diesen Fall von sich aus in der üblichen militärischen Weise zum Austrag zu bringen. Man rechnet damit, daß das bereits morgen geschehen wird. Polizeiliche Schritte gegenüber der bayerischen Regierung sind nicht in Aussicht genommen, wie man überhaupt die militärische und die politische Seite dieser Frage nicht miteinander verquicken darf. Bedauerlich bleibt naturgemäß im höchsten Grade, daß die bayerische Regierung, die doch sehr genau über die außenpolitischen Schwierigkeiten des Reichs im jetzigen Moment unterrichtet ist, den oben erwähnten Schritt eines Abbruchs der Beziehungen zum Reichswehrministerium unternommen hat . . . Die Heeresleitung muß aber unbedingt an ihrem Standpunkte festhalten, daß es für ihren Chef eine Unmöglichkeit wäre, auf seinem Posten zu bleiben, wenn einer seiner Generale ein Verhalten an den Tag legt, das man fast mit dem Namen Meuterei bezeichnen könnte.

Es ist ein Genuß, diesen Bericht zu lesen — wenigstens für den, der Sinn für groteske und unfreiwillige Komik hat. In Sachsen gibt es republikanisch-sozialistische Hundertschaften, die unbewaffnet sind und die die Aufgabe haben, die Verfassung zu schützen. Sie werden verboten und eine Entwaffnungsaktion wird eingeleitet. In Bayern laufen die bewaffneten Faschistenbanden umher — es geschieht nichts. In Leipzig gestattete sich ein kommunistischer sächsischer Minister Aeußerungen, die seine persönliche Auffassung sind — und von Berlin aus droht man mit der Reichsexekutive. In München meutert ein Reichswehrgeneral und lehnt die Ausführung der Befehle seiner vorgesetzten Dienstbehörde ab — und von Berlin aus wird versucht, die Angelegenheit mit vorsichtigster, diskreter Vermittlung aus der Welt zu schaffen. Es ist das verdiente Schicksal der Reichsregierung, wenn jetzt Bayern auftrumpft, wenn es den Rücktritt des Reichswehrministers Geßler fordert, weil er gewagt hat, einen meuternden Reichswehrgeneral an seine Pflicht zu ermahnen. Es steckt weiter ein Stück Nemesis darin, daß diese bayerische Regierung jeden weiteren dienstlichen Verkehr mit demselben Reichswehrminister ablehnt, der den Verkehr zwischen dem sächsischen Reichswehrkommando und der sächsischen Regierung eingeschränkt wissen wollte.

Wir könnten uns über diese neueste Niederlage Geßlers freuen, denn er ist unsrer Auffassung nach ein Mann, unter dessen Leitung die Reichswehr, wie das bayerische Beispiel zeigt, mehr eine Gefahr als ein Schutz für die Republik ist. Wir triumphieren jedoch weder, noch frohlocken wir, weil die Sache für das Reich und die Reichseinheit zu traurig ist. Die bayerische Regierung spricht rund und drastisch aus, daß ihr das Reich völlig Wurst ist und daß sie auf die Reichszugehörigkeit pfeift. Das Kabinett Stresemann aber steht hilflos vor diesen Tatsachen, anstatt sich endlich zu entscheiden. Denn es gibt doch hier nur noch zwei Möglichkeiten: Entweder man führt mit allen Mitteln der Reichsgewalt endlich die Verfassung in Bayern durch, oder man stelle das bayerische Volk vor die Frage, ob es sich losreißen will. Ein Drittes gibt es nicht.

•

Offiziöse Verschleierung

SPD. Die Abberufung des Generals v. Lossow ist am Freitag durch den Reichswehrminister offiziell erfolgt. Trotzdem gab die Pressestelle der Reichsregierung zu diesem Entschluß des Reichswehrministers im Laufe des Freitag Mitteilungen aus, die in ihrer Form auf ein Dementi der gemeldeten Abberufung schließen ließen. Gegen diese Art der Presseinformation müssen wir uns mit aller Entschiedenheit wenden! Es ist ein Skandal, wenn eine amtliche Pressestelle ihre Aufgabe darin sieht, die Richtigkeit von Tatsachen zu verschleiern. Das ist im Falle Lossow geschehen.

•

Hitler und Kahr

München, 18. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Hitler unternimmt zur Zeit wieder einen neuen Propagandafeldzug unter der Studentenschaft, da die nationale Diktatur Kahr offenbar eine Lockerung der Bindung zwischen der nationalsozialistischen Studentenschaft und den völkischen Gruppen von Hitler herbeizuführen droht. Ein in der Münchner bürgerlichen Presse veröffentlichter Aufruf, unterzeichnet von Freiherr zu Guttenberg, Mitglied des Viererausschusses des Hochschulringes, verfolgt den Zweck, der Studentenschaft der außerbayerischen Hochschulen die Gegensätze zwischen Kahr und Hitler als unbedeutend hinzustellen. In diesem Aufruf, der sicherlich nach gründlicher Beratung der Hitlerischen aller Schattierungen zustande gekommen ist, findet sich der bemerkenswerte Satz: „Der über seine wirkliche Bedeutung besprochene Gegensatz zwischen Kahr und Hitler ist in allen wesentlichen Punkten darauf zurückzuführen, daß ein verantwortlicher Staatsmann sich in seinen Handlungen und Aeußerungen eine Beschränkung auferlegen muß, die für den Führer eines freien Bundes nicht besteht. Im Augenblick der Tat wird dieser Gegensatz verschwunden sein.

Auch Frankreich treibt zum Bruch!

Die abermalige schroffe Ablehnung von Verhandlungen über die Gestaltung der Dinge im Ruhrgebiet hat Poincarés Politik als planmäßiges Provozieren des Bruches erwiesen. Hundertmal hat dieser Held versichert, Verhandlungen würden erfolgen, wenn die Berliner Regierung nur ihre Verordnungen über den passiven Widerstand zurücknähme und dieser aufhöre. Beides ist geschehen. Poincaré verhandelt nicht. Er stellt neue Forderungen. Erst müsse das Ruhrgebiet wieder so produktiv gemacht werden, wie es bis zum Tage der Besetzung (11. Januar) war, und erst müßte die deutsche Regierung wieder die Reparationslieferungen in dem Maße aufgenommen haben, wie es vor dem 11. Januar geschah, erst dann — —. Es ist das ewige Spiel. Die Clique, die durch Poincaré die Macht in Frankreich ausübt, will keine Verhandlungen, will keine Reparationen, keine Verträge, keinen Frieden, sondern sie will das Rheinland für alle Zeiten und will das Ruhrgebiet als Kohlenkammer für französische Industrie, französischen Militarismus und französischen Imperialismus. Das ist zwar schon tausendfach gesagt und festgestellt worden, aber immer wieder wird es aufs neue bestätigt. Die französische Bourgeoisie hat sich im Nationalen Block eine sichere Mehrheit und in Poincaré ein fähiges Instrument geschaffen. Im Frühjahr 1924 sind Neuwahlen. Bis dahin treibt sie diese Politik starr und schroff weiter, um erneut zu siegen.

England hat einige, freilich schwache Vorstöße zur Lösung der Reparationsfrage gemacht, Frankreich schlug es auf die Finger, es kuscht. England leidet durch Arbeitslosigkeit, hohe Steuern, braucht Absatz nach Deutschland. Aber es hält die Entente heilig, was Frankreich zu seiner Gewaltpolitik freie Hand verschafft. Die deutsche Reichsregierung hat ernsthafte Vorschläge zu Verhandlungen gemacht, hat sichere Garantien angeboten. Belgien hat versucht, zu Abkommen zu treiben. Eben wieder unterbreitete es der Repko einen Plan zur Feststellung der deutschen Zahlungsfähigkeit. Frankreich schob ihn ab in den Finanzpolitischen Ausschuß, dort wird er begraben. So geht das Spiel Poincarés Woche um Woche, Monat um Monat, Jahr um Jahr. Es kommt zu keinen Verhandlungen, zu keinen Verträgen, zu keiner Festsetzung der deutschen Verpflichtungen, zu keiner Prüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit, zu nichts. Nur der deutsche Finanz-

An die sächsische Arbeitnehmerschaft!

Bereits in den nächsten Tagen wird dem Reichstag das neue Arbeitszeitgesetz zugehen, um schleunigst verabschiedet zu werden. Schon die Eile, mit der dieses für die Arbeitnehmerschaft so wichtige Gesetz erledigt werden soll, läßt darauf schließen, daß in dem Gesetz Bestimmungen aufgenommen werden sollen, die auf eine Beseitigung des Achtstundentages hinauslaufen. Die Arbeitnehmerschaft hat mit bewundernswerter Geduld bis jetzt abgewartet, welche Maßnahmen auf Grund des Ermächtigungsgesetzes zur Hebung der Wirtschaft getroffen werden. Auf diesem Gebiete ist so gut wie gar nichts geschehen. Mit um so größerem Eifer gehen Reichsregierung und bürgerliche Parteien an die Neuregelung des Arbeitszeitgesetzes.

Der vorliegende Gesetzentwurf zeigt nun, wie stark man den führenden Wirtschaftskreisen entgegenkommen will.

Die Vorlage bringt praktisch die Einführung des Zehnstundentages in Deutschland.

Eine unwürdige Spekulation auf die Gutgläubigkeit der Arbeitnehmerschaft ist es, wenn die Vorlage sich noch den Anschein des Festhaltens am Achtstundentag zu geben versucht. Zu einer Zeit, in der Stillegungen, Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit vorherrschen, wird durch die Vorlage die Festsetzung der Arbeitszeit durch tarifvertragliche Regelung vorgesehen. Dadurch soll in kürzester Frist die gestattete Höchstgrenze der Arbeitszeit von zehn Stunden erreicht werden. Diese zehnstündige Arbeitszeit kann aber durch ein fein ausgeklügeltes System von Ausnahmen weiterhin noch um 2 Stunden vermehrt werden. In der weitaus größeren Anzahl der Fälle wird dies sogar ohne auch nur die leiseste behördliche Einschränkung möglich sein.

Trotz anderen Pressemeldungen zeigt der Entwurf deutlich, daß die

Mehrarbeit nicht als Ueberarbeit bezahlt

werden soll. Zur Beschleunigung der „Reinigung" der Tarifverträge vom Achtstundentag sollen auch die noch günstiger lautenden Tarifverträge binnen Monatsfrist gekündigt werden.

Der Arbeiterschutz, besonders der für Jugendliche, Lehrlinge und weibliche Arbeitnehmer, soll noch unter das vor dem Kriege geltende Maß herabgedrückt werden.

Aus all dem ergibt sich die Entrechtungstendenz des Entwurfes mit klarer Deutlichkeit

Die Feinde der Arbeitnehmerklasse glauben die Zeit für gekommen, die letzten Errungenschaften der Revolution beseitigen zu können.

Das Drängen nach umgehender Verabschiedung der Vorlage hat zweifellos den Zweck, die Arbeitnehmerschaft vor vollendete Tatsachen zu stellen. Dem Anschlag auf ihr heiligstes Kulturgut, den Achtstundentag, muß die gesamte Arbeitnehmerschaft geschlossen entgegentreten.

Die unterzeichneten Landesinstanzen für Sachsen ersuchen die Ortsausschüsse Sachsens, sofort zu dem Gesetzentwurf Stellung zu nehmen und durch Wort und Schrift die Arbeitnehmer über die ihnen drohenden Gefahren aufzuklären und zu schärfstem Protest aufzufordern. Den Spitzenorganisationen der deutschen Gewerkschaften wird zur Pflicht gemacht, unverzügliche energische Schritte bei der Reichsregierung gegen den Gesetzentwurf zu unternehmen.

Arbeiter! Arbeiterinnen! Angestellte und Beamte!

Jetzt gilt es alles daran zu setzen, um zu verhindern, daß das Arbeitszeitgesetz in der vorliegenden Form Gesetz wird!

Die Gewerkschaften sind entschlossen, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln den Anschlag auf den Achtstundentag abzuwehren.

Haltet entschieden fest am Achtstundentag!

Bezirksausschuß Sachsen des A. D. G. B.
A. D. B., Landesausschuß Sachsen.
Afa-Bund, Landeskartell Sachsen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19231020/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG